Kommunal Agentur NRW

Hochwasserrisikomanagement – eine kommunale Gemeinschaftsaufgabe?

Stefan Vöcklinghaus

Kommunal Agentur NRW

Förderprojekt

„Hochwasserrisko und Überflutungsschutz – Ansätze für eine fachübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der Kommunalverwaltung“

Auftraggeber Stadtentwässerungsbetrieb Düsseldorf, gefördert durch das MKUNLV NRW

Ergebnisse wurden in einem Leitfaden zusammengestellt, der in Kürze veröffentlicht wird !

Stadtentwässerungsbetrieb Landeshauptstadt Düsseldorf

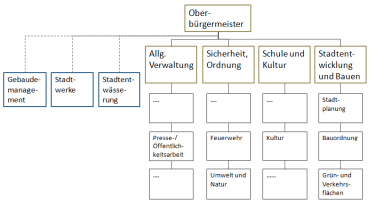
Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Projektbeteiligte

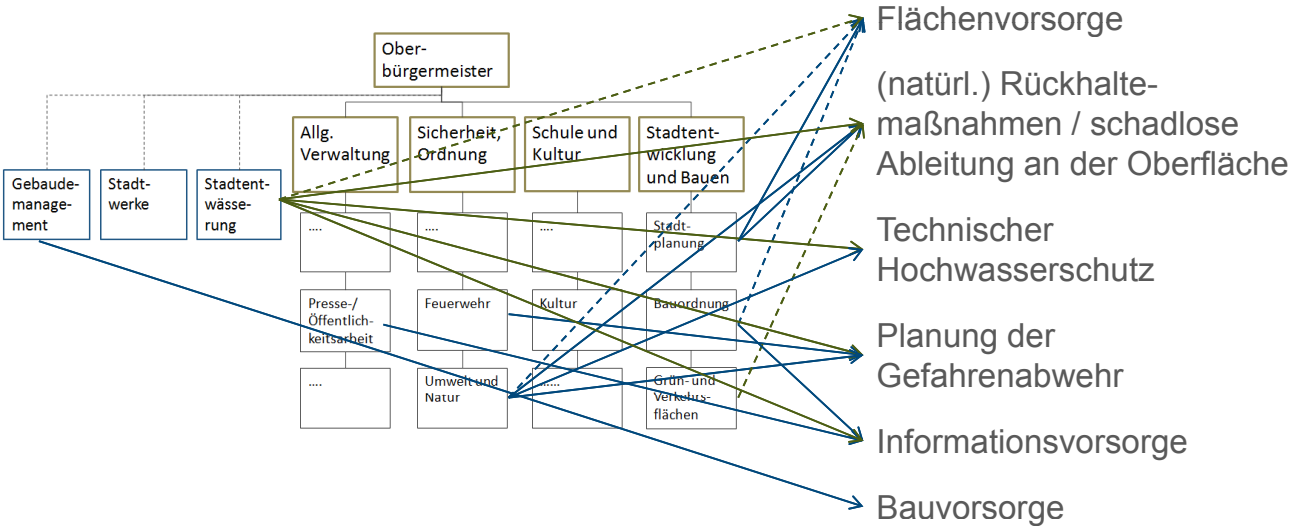
- Stadtentwässerungsbetrieb Düsseldorf, Herr Brosig
- Gemeinde Bad Oeynhausen, Herr Nolting
- Stadt Ahaus, Herr Bömer
- Gemeinde Wachtberg, Herr Strehl
- Expertenwissen aus den Kommunen
- zusätzlicher externer Input

Vortragsgegenstand / Ziele

- **Beteiligte** am Hochwasserrisikomanagement in den Kommunen und deren Aufgaben identifizieren
- **Rolle** des Hochwasserrisikomanagement definieren
- **Stärken** und **Problempunkte** bei der Aufgabenerfüllung nennen
- **Potentiale** einer stärkeren fachübergreifenden Zusammenarbeit aufzeigen



Kommunale Hochwasservorsorge: Aufgaben und Beteiligte



Hinweise im Leitfaden: Aufgaben und Zuständigkeiten

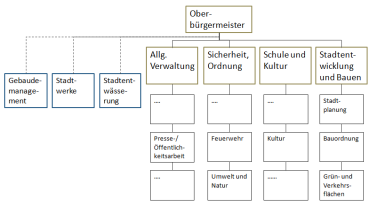
Tabelle 2.3: Vorbeugung von Hochwassergefahren und -risiken durch technische Maßnahmen

Verfahren / Aufgaben	Zuständigkeiten	Rechtliche Grundlagen
Planung und Ausbau von Gewässern	**Der zur Unterhaltung Verpflichtete:** **Gewässer erster Ordnung:** Eigentümer oder Land **Gewässer zweiter Ordnung/sonstige Gewässer** Anliegergemeinden Bzw. bei Übertragung der Wasserverband	§ 89 Abs. 1 Satz 1 LWG NRW i.V.m. § 91 LWG NRW
Planfeststellung bzw. –genehmigung von Maßnahmen zum Gewässerausbau	**Gewässer erster und zweiter Ordnung**: Bezirksregierung **Sonstige Gewässer**: UWB	§§ 67 Abs. 1, 68 Abs. 1 WHG i.V.m. § 89 LWG NRW i.V.m. Ziff. 20.1.29 Anhang 3 ZustVU NRW i.V.m. §§ 72 ff. VwVfG NRW §§ 67 Abs. 1, 68 Abs. 1 WHG i.V.m. § 89 LWG NRW i.V.m. § 1 Abs. 3 ZustVU i.V.m. §§ 72 ff. VwVfG NRW
Maßnahmen zum Ausgleich der Wasserführung	Stadt/Gemeinde Herbeiführung und Sicherung/Genehmigung der Maßnahme: UWB	§ 87 LWG NRW
Errichten, Beseitigen und Umgestalten von Deichen, Dämmen und sonstigen Hochwasserschutzanlagen	Öffentlich-rechtliche Körperschaft (z.B. Städte und Gemeinden, Kreise, Deichverbände)	§ 107 Abs. 1 i.V.m. § 103 Abs. 1 LWG NRW
Planfeststellung bzw. -genehmigung der Errichtung, Beseitigung oder wesentliche Umgestaltung von Hochwasserschutzanlagen	**Gewässer erster und zweiter Ordnung**: Bezirksregierung **Sonstige Gewässer**: UWB	§§ 67 Abs. 2 S. 2, § 68 Abs. 1 WHG i.V.m. Ziff. 20.1.29 Anhang 3 ZustVU NRW i.V.m. §§ 72 ff. VwVfG NRW §§ 67 Abs. 2 S. 2, 68 Abs. 1 WHG i.V.m. § 89 LWG NRW i.V.m. § 1 Abs. 3 ZustVU i.V.m. §§ 72 ff. VwVfG NRW

ENTWURF

Stärken bei der Hochwasservorsorge

- Spezialisierung und Ausdifferenzierung der Kommunalverwaltung in verschiedene Fachbereiche
- Hohe Fachkompetenz in den Fachbereichen / Ämtern
- Effiziente Erfüllung der Aufgaben im rechtlich vorgegebenen Rahmen
- Im Bereich der Gefahrenabwehr größere Bereitschaft für eine Zusammenarbeit (Austausch von Hochwasser-Alarmplänen)



Problempunkte der Hochwasservorsorge

- Hoher Spezialisierungsgrad erschwert die Zusammenarbeit – oftmals fehlt der Blick für die Probleme anderer Fachbereiche oder auch für die Potentiale der Zusammenarbeit
- Fachbereichsspezifische Ziele und Interessen:
  - Attraktive Wohnlagen (liegen oftmals in Gewässernähe)
  - Barrierefreiheit bei öffentlichen Straßen und Plätzen
  - Bürger- und investorenfreundliche Genehmigung von Bauvorhaben
- Politische Interessen

Frankfurter Allgemeine
Wirtschaft

Aktuell Wirtschaft Immobilien

Stadtentwicklung

Nordrhein-Westfalen entdeckt die Liebe zum Wasser

18.03.2012 · Die alten Häfen in Citylage bieten Investoren traumhafte Entwicklungsflächen. Als Paradebeispiel gilt eine Stadt in der Provinz: Münster zeigt, wie behutsames Planen für ein lebendiges Quartier sorgen kann.

Von INGMAR HÖHMANN, MÜNSTER

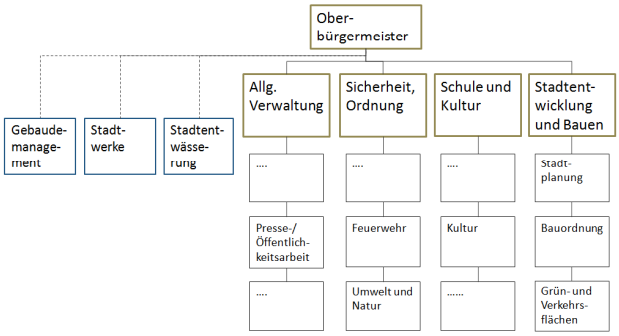
Artikel

© PRISMA BILDAGENTUR

Anziehungspunkt: der Hafen von Münster

Hochwasserrisikomanagement muss als ganzheitlicher Prozess begriffen werden.

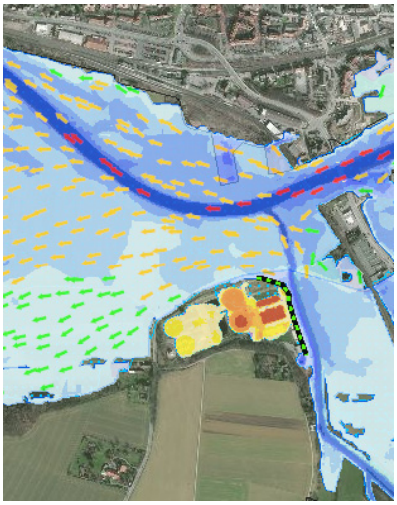
Von der fachspezifischen Aufgabenperspektive…



…zur ganzheitlichen Prozessperspektive

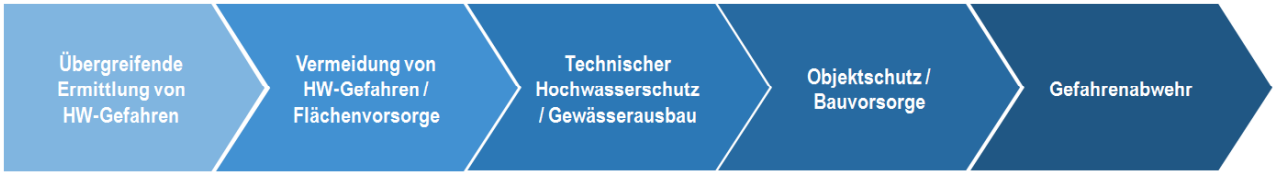
Von der Hochwasservorsorge zum Hochwasserrisikomanagement

- **Hochwasserrisikomanagement**: Identifikation, Analyse und Bewertung von Risiken als fortlaufender Prozess, bei dem Maßnahmen zur Hochwasservorsorge koordiniert entwickelt werden.
  → Gefahren und Risiken müssen alle 6 Jahre geprüft und aktualisiert werden
- Ergebnis: **Hochwasserrisikomanagementplan**

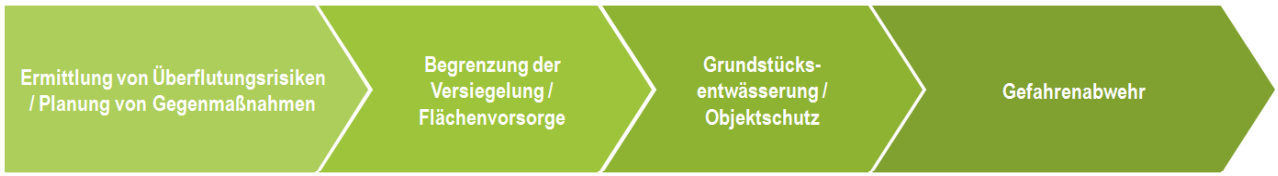


Analoge Prozesse im Hochwasser- und Überflutungsschutz

Prozess des **Hochwasserrisikomanagements**



Prozess zum **Überflutungsschutz**



Hochwasserrisikomanagement –
eine kommunale Gemeinschaftsaufgabe?

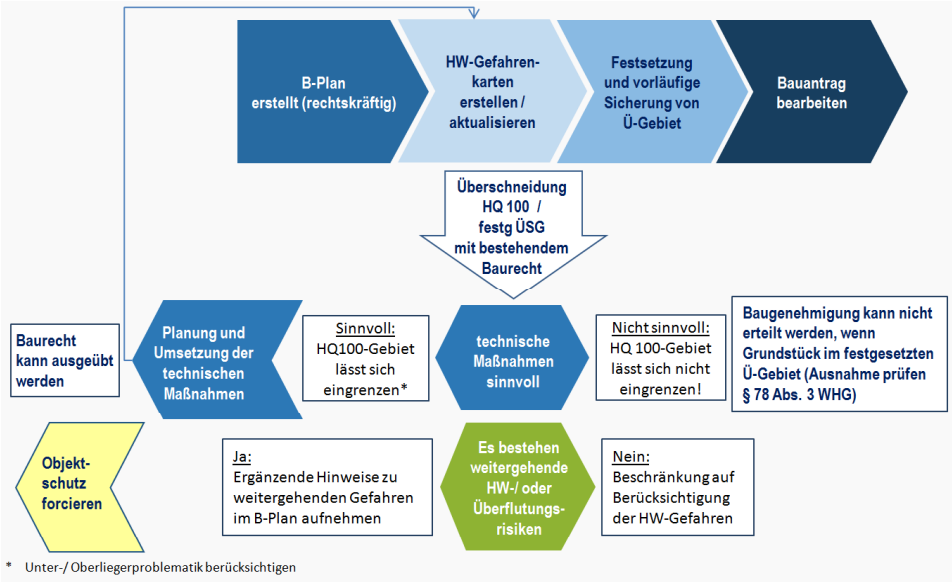
Kommunal Agentur NRW

Prozesse, die in Verbindung mit interner und externer Informationsvorsorge umgestaltet werden können

Flächenvorsorge, z.B.:

- Verschneidung der HQ100-Flächen mit bestehendem Baurecht / B-Plänen
- Aufnahme von Hinweisen zu weitergehenden Überflutungsgefahren im FNP / B-Plan
- Frühere und tiefergehende Beteiligung der Fachbereiche Gewässer / Stadtentwässerung, um Möglichkeiten der Eingrenzung des HQ100 und der Überflutungsrisiken durch Maßnahmen einzubeziehen

Beispiel: Einfluss der Hochwasser-/ Überflutungsgefahren auf die Bauleitplanung



Prozesse, die in Verbindung mit interner und externer Informationsvorsorge umgestaltet werden können

Planung von Maßnahmen, insbesondere an der „Oberfläche“

- Verschneidung von Investitionsprogrammen mit den Gefahrenbereichen (Straßenausbauprogramm etc.), zur Identifizierung der Maßnahmen, die auch für den Überflutungs- und Klimaschutz bedeutsam sind bzw. genutzt werden können
- Entscheidungswege und Prioritäten bei der Auswahl von Planungsvarianten festlegen

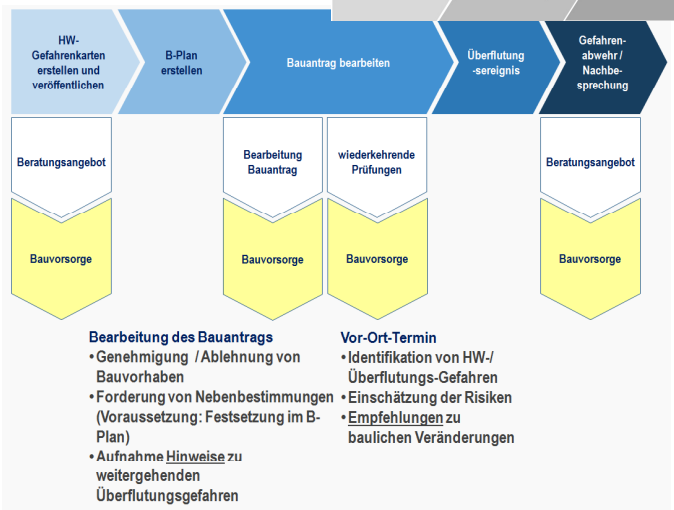
Prozesse, die in Verbindung mit interner und externer Informationsvorsorge umgestaltet werden können

Planung von Gefahrenabwehrmaßnahmen:

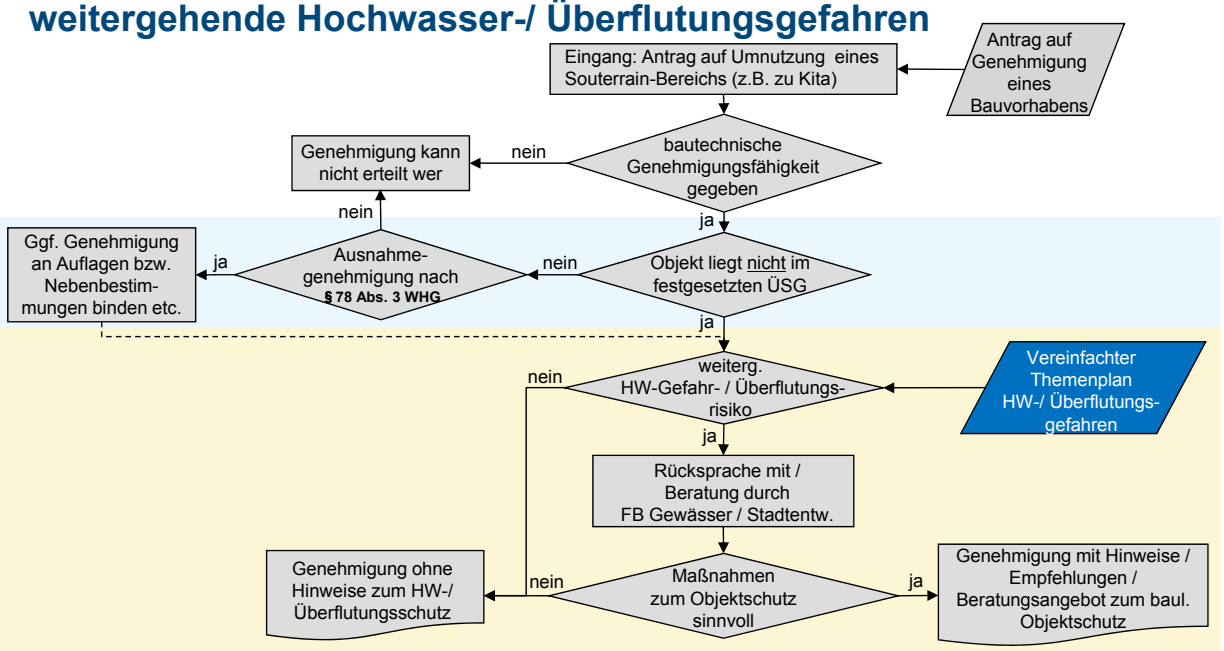
- Systematische Analyse nach Ereignissen unter Beteiligung der relevanten Fachbereiche, um:
  - Alarmpläne zu optimieren
  - Gefahren- und Risikokarten bzw. Karten zu Überflutungsgefahren mit tatsächlichen Ereignissen abzugleichen
- Gemeinsame Durchführung von Übungen
- Fahrzeugkonzepte auch im Hinblick auf Hochwassergefahren auslegen

Prozesse, die in Verbindung mit interner und externer Informationsvorsorge umgestaltet werden können

Forcierung der Bauvorsorge:



Beispiel: Nutzung der Baugenehmigung zur Information über weitergehende Hochwasser-/ Überflutungsgefahren



Hochwasserrisikomanagement –
eine kommunale Gemeinschaftsaufgabe?

Kommunal Agentur NRW

Hinweise im Leitfaden: Verwendung von Informationen im Prozess

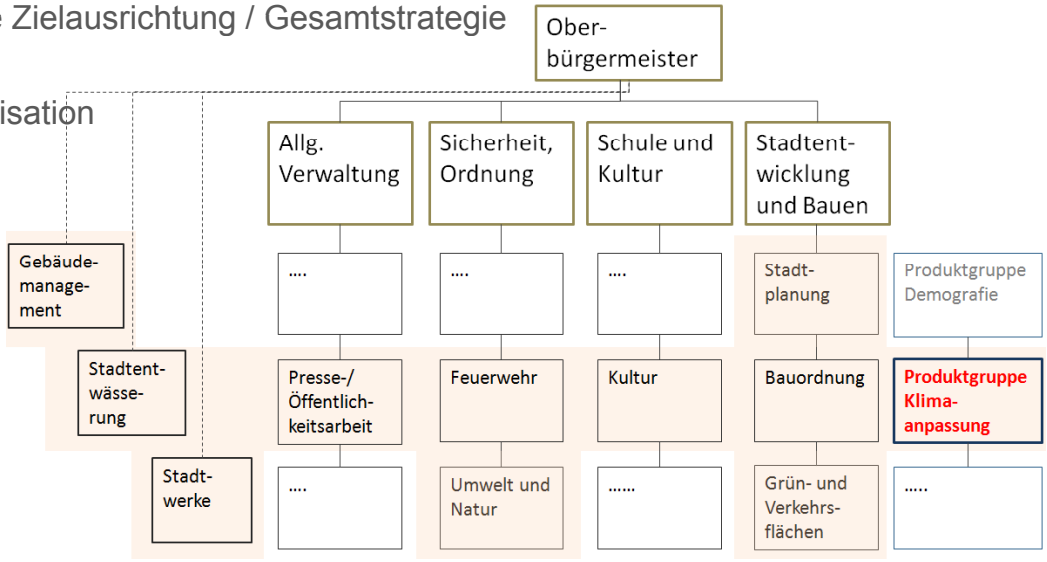
Tabelle 4.2: Nutzung von Informationen bei der Erarbeitung von Maßnahmen zum Gewässerausbau sowie baulichen Maßnahmen zum technischen Hochwasser- und Überflutungsschutz

Informationen / Planungen B: Berücksichtigung G: Grundlage für die Bearbeitung RG: Rechtliche Grundlage I: Input O: Ohne Bezug		HW-Gefahrenkarten	HW-Risikokarten	Festgelegte ÜSG/ vorläufig gesicherte ÜSG	Flächennutzungsplan / B-Plan	Bauantrag/ Baugenehmigung	Überflutungsrisiken aus Sturzfluten	Überflutungsrisiken aus dem Kanalnetz	Maßnahmenplanung Abwasserbeseitigung / Abwasserbeseitigungskonzept (Kanalnetz, PW, Regenbecken)	Maßnahmenplanung Straßenausbau, -sanierung, öffentl. Plätze und Grünflächen	HW-Alarm- und Einsatzplan
Prozess	Zuständigkeiten	Bez.-Reg.			Stadtplanung	Bauaufsicht	Stadtentwässerung			Tiefbau / Verkehr / Grünflächen	Feuerwehr / Gewässer
Erarbeitung von Maßnahmen zum Gewässerausbau	Unterhaltungspflichtiger (Eigentümer)	G	G	G	RG	O	B / I	B / I	B	B	B
Erarbeitung von Maßnahmen zum technischen Hochwasserschutz (Dämme, Deiche, Rückhaltung etc.)	Eigentümer der Anlage	G	G	G	RG	O	B / I	B / I	B	B	B
Erarbeitung von Überflutungsrisiken aus dem Kanalnetz	Stadtentwässerung	G	B	O	B / I	O	B / I	----	----	B / I	O
Erarbeitung von Überflutungsrisiken durch Sturzfluten	Stadtentwässerung	O	O	O	B / I	O	----	O	----	B / I	O
Erarbeitung von Maßnahmen zur Reduzierung von Überflutungsrisiken	Stadtentwässerung	G	B	O	B / I	O	G	G	----	B / I	O
Erarbeitung von Maßnahmen mit Bezug zur Gestaltung der Verkehrsoberfläche	Tiefbauamt / Verkehr	B	B	G	G	O	B / I	B / I	B / I	----	O

ENTWURF

Organisatorische Umsetzung

- Gemeinsame Zielausrichtung / Gesamtstrategie
- Stabsstelle
- Matrix-Organisation



Vorgehen eines Hochwasserrisikomanagements

technisch organisatorisch

1. Identifikation und Bewertung der Risiken – weitergehende Analyse
2. Umgestaltung der Prozesse - „interne Informationsvorsorge“
3. Ableitung von öffentlichen Vorsorgemaßnahmen
4. Öffentlichkeitsarbeit – „externe Informationsvorsorge“
5. Ableitung von privaten Bauvorsorgemaßnahmen

Fazit

- **Fachübergreifende** Gestaltung der **organisatorischen Rahmenbedingungen / Prozesse** sind wesentlicher Bestandteil eines ganzheitlichen Hochwasserrisikomanagements und Überflutungsschutzes
- Fachübergreifende Zusammenarbeit ist **Voraussetzung, um technische Innovationen** umzusetzen
- Die **Hochwassergefahren- und -risikokarten bieten eine Chance,** die Prozesse an verschiedenen Stellen der Kommunalverwaltung stärker auf Hochwasserrisikomanagement und Überflutungsschutz auszurichten
- Die Umgestaltung der Prozesse kann **selbst Maßnahme eines Risikomanagementsplans** sein.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Bei Rückfragen :
voecklinghaus@KommunalAgenturNRW.de I Tel. 0211-43077-24
LEITFADEN demnächst unter www.KommunalAgenturNRW.de